



UN-Generalsekretär António Guterres und WHO-Generaldirektor Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus
Foto: JMF, UN Geneva

Die COVID-19-Pandemie und die Rolle der WHO

Mandat und Aufgaben der WHO

Die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO), die als Sonderorganisation der Vereinten Nationen am 7. April 1948 gegründet wurde, hat ihren Hauptsitz im schweizerischen Genf und zählt nach eigenen Angaben etwa 7.000 Mitarbeiter, die sich neben dem Hauptsitz auf sechs Regionalbüros und 150 Länderbüros verteilen.

Die WHO ist die Koordinationsbehörde der Vereinten Nationen für das internationale öffentliche Gesundheitswesen und federführend in globalen Gesundheitsfragen. Zu ihrem Mandat gehört die Festlegung weltweit gültiger Normen und Standards, die Formulierung gesundheitspolitischer Grundsätze sowie die Ausgestaltung der Forschungsagenda für Gesundheit. Mit dem Ziel, überall auf der Welt das höchstmögliche Gesundheitsniveau zu erreichen, leistet sie nicht nur Soforthilfe bei Katastrophen, sondern sie überwacht und bewertet auch gesundheitliche Entwicklungen weltweit, unterstützt ihre Mitgliedstaaten bei der fachlichen Umsetzung von Gesundheitsprogrammen und fördert die medizinische Forschung.

Welche Rolle spielt die WHO in der Corona-Krise?

Die WHO spielte von Beginn an eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie: Die neuartige Viruserkrankung COVID-19 war erstmals im Dezember 2019 in der Millionenstadt Wuhan der chinesischen Provinz Hubei auffällig geworden, entwickelte sich im Januar 2020 in China zur Epidemie und breitete sich schließlich weltweit aus.

Daraufhin rief die WHO am 30. Januar 2020 den öffentlichen Gesundheitsnotstand von internationaler Tragweite aus und erklärte die Erkrankung am 11. März zur Pandemie.

Mit der Ausrufung des Pandemie-Notstandes verbinden sich konkrete Handlungsempfehlungen der WHO an die Mitgliedsstaaten, etwa Quarantänemaßnahmen oder Reisebeschränkungen. Die Empfehlungen der WHO sind zwar rechtlich nicht bindend, dennoch stützen sich aufgrund ihres internationalen Mandats weltweit Behörden und Ärzte darauf.

Weiterhin koordiniert die WHO im Rahmen der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie die internationalen Aktivitäten, darunter auch die Zusammenarbeit in der Forschung zum Coronavirus, die Entwicklung von Tests, Medikamenten und Impfstoffen. Sie hat beispielsweise eine länderübergreifende klinische Studie mit dem Ziel initiiert, bereits vorhandene Medikamente auf ihre Wirksamkeit gegen Covid-19 zu testen. „Die Nutzung der wissenschaftlichen Möglichkeiten ist entscheidend, um diesen Ausbruch unter Kontrolle zu bringen“, sagte der WHO-Generaldirektor Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus.

Zudem schult die WHO Gesundheitspersonal, organisiert finanzielle Hilfen für besonders schwer betroffene Länder und hat zu diesem Zweck einen 675-Millionen-Dollar-Plan auf den Weg gebracht. „Wir wissen, dass es zu erheblichen Erkrankungen und Todesfällen kommen könnte, wenn sich diese Krankheit in diesen Ländern ausbreitet“, sagte Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus am 20. März 2020. Hinsichtlich einer Versorgung mit Tests und Schutzmaterialien gegen den Coronavirus konnte die WHO bereits gemeinsam mit anderen Organisationen so mehr als zwei Millionen Schutzausrüstungssets in über 130 Länder verschicken.

Letztlich ist die WHO eine wichtige Informationsquelle. Auf ihrer Webseite (<https://www.who.int/>) klärt sie umfassend über die aktuelle globale Situation zum Coronavirus auf, gibt Empfehlungen und informiert über Stand der Forschung. Auf der Unterseite <https://www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019> können die aktuellen Video-Pressekonferenzen zu COVID-19 des WHO-Generaldirektors live verfolgt werden.

Internationale Bewertung

Das frühzeitige und entschiedene Handeln in der Corona-Krise – vor allem das Ausrufen des öffentlichen Gesundheitsnotstands von internationaler Tragweite bereits am 30. Januar 2020 – brachte der WHO, anders als während der Schweinegrippe-Pandemie 2009 oder der Ebola-Krise 2014 und 2015, zahlreiches Lob ein. Die schnelle Reaktion der WHO machte es möglich, dass international die notwendigen Schritte eingeleitet werden konnten, denn ein Ausrufen des öffentlichen Gesundheitsnotstands von internationaler Tragweite verpflichtet alle Mitgliedstaaten, umgehend nationale Schutzmaßnahmen einzuleiten. Einige asiatische Staaten wie Südkorea, Japan, Singapur und Taiwan ergriffen sofort die erforderlichen Vorsorgemaßnahmen. Das Gleiche taten einige europäische Länder.

Allerdings wurden auch kritische Stimmen laut, die WHO habe den Coronavirus erst am 11. März 2020 als Pandemie eingestuft, als sie sich von China aus bereits in weitere Länder ausgebreitet hatte und in Italien über 800 Menschen daran gestorben waren. Dies wurde vor allem von den Regierungen der Vereinigten Staaten, Australiens und Japans scharf kritisiert: Die WHO habe unter ihrem Generaldirektor Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus eine zu große Nähe und eine zu unkritische Haltung gegenüber der Volksrepublik China gezeigt. Am 15. April 2020 kündigte US-Präsident Donald Trump daher die vorläufige Einstellung der US-amerikanischen Zahlungen an die WHO an und warf der WHO Misswirtschaft und eine Verschleierung der Ausmaße der Epidemie in ihren Anfängen in China vor.

Trumps Schritt stieß international auf Kritik, zudem dem US-Präsidenten selbst vorgeworfen wird, die Krise über eine lange Zeit kleingeredet zu haben. Vor allem UN-Generalsekretär António Guterres und der deutsche Außenminister Heiko Maas kritisierten Trumps Entscheidung: „Wir brauchen jetzt mehr internationale Koordinierung, nicht weniger“, betonte Außenminister Maas. Es gelte in diesen herausfordernden Zeiten der Pandemie, die zentralen internationalen Organisationen zu stärken, damit die Krise bewältigt werden kann. Er sei weiterhin nicht der Auffassung, dass die WHO alles richtig mache, aber ein Rückzug aus der WHO sei kein "besonders geeigneter Weg".

Weitere Unterstützung bekam die WHO daraufhin von 23 Ländern der „Allianz für Multilateralismus“, die im April 2019 von Deutschland und Frankreich gegründet worden war. In einer gemeinsamen Erklärung verkündeten die Außenminister, darunter Heiko Maas: „Angesichts der beispiellosen Herausforderung, die die Covid-19-Pandemie darstellt, müssen wir alle unsere Kräfte bündeln, um ihre Ausbreitung einzudämmen.“ Das Bündnis für Multilateralismus habe sich verpflichtet, „die UN, die WHO und andere internationale Organisationen in ihren Bemühungen zu unterstützen. Wir sind nur so stark wie das schwächste Glied im globalen Gesundheitssystem.“ Ausdrücklich bekennen sich zu der gemeinsamen Erklärung mehrere EU-Staaten, aber auch Kanada, Südafrika, Singapur, Argentinien, Chile und Mexiko.

Stellungnahme der DGVN zur Rolle der UN und der WHO

Die Vereinten Nationen und die WHO im Besonderen verdienen vor allem in diesen Tagen die volle Unterstützung der gesamten internationalen Gemeinschaft. Während die wirtschaftlich stärker entwickelten Staaten wahrscheinlich verhältnismäßig glimpflich davonkommen werden, werden die Herausforderungen zur Bewältigung der Corona-Krise in den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern in den nächsten Wochen vermutlich wachsen. „Wer jetzt auf nationale Alleingänge zur Lösung der Krise setzt oder gar finanzielle Mittel der WHO zurückhalten oder streichen will, handelt verantwortungslos“, so der DGVN-Vorsitzende Detlef Dzembitzki. Sollten einzelne Staaten die UN oder die WHO schwächen, müssen Deutschland und die Allianz für den Multilateralismus sofortige Handlungsfähigkeit beweisen und die Weltorganisation sowie die WHO unterstützen.

Die weltweite Corona-Pandemie zeigt auf, wie global vernetzt die Welt ist und wie notwendig multilaterales Handeln ist. Populismus löst keine, sondern verstärkt die Probleme. Wer jetzt den Abgang der Vereinten Nationen prophezeit, vergisst, dass sie vor 75 Jahren gerade aus einer Krise heraus, dem Zweiten Weltkrieg, gegründet wurden, um „die Menschheit zukünftig vor der Hölle zu bewahren“. Die gegenwärtige Krise ist gerade eine Chance für die Vereinten Nationen, sich institutionell und prozessual weiter zu entwickeln. Eine internationale Zusammenarbeit der Staaten mit und innerhalb der UN ist heute entscheidender denn je. Dies gilt für die unmittelbare Bekämpfung der Pandemie, aber auch für andere globale Herausforderungen, wie die Eindämmung des Klimawandels. Nur so können zukünftige Pandemien dieser Art verhindert werden.

Die Stellungnahme der DGVN finden Sie unter folgendem Link auf der Website des Bundesverbands: <https://dgvn.de/meldung/informationen-und-stellungnahme-zur-corona-pandemie/>

Weitere Beiträge des DGVN Bundesverbands zu COVID-19 sind ebenfalls unter diesem Link abrufbar.

Verfasserin:

Carolin Maluck, stellv. Vorsitzende / DGVN Landesverband Bayern und Mitglied der Vorstands / Bundesverband DGVN

16. Mai 2020